

**Einzelpreis 30 Mark.**  
Der ohne Bestellung monatlich 175 Mk.  
und monatlich 100 Mk., mit Bestellung im  
Jahre monatlich 300 Mk., und monatlich 800 Mk.  
wird die Post bezogen, monatlich in Polen 800 Mk.  
Kasland 1600 Mk.  
Die abgesetzene Kompartimentszeit 40 Mark:  
Kassette die abgesetzene Kompartimentszeit  
200 Mk., Eingangszeit im lokalen Teile 200 Mk.  
die Kompartimentszeit für das Ausland kommt  
in Saluzatung hinzu; für die erste Seite  
werden keine Abgaben angenommen. — Der  
Vertrag wird nur nach vorheriger Vereinbarung  
gekauft. Abverlangt eingekaufte Ma-  
nuskripte werden nicht aufbewahrt.

# Freie Presse

Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Ersteinst mit Ausnahme der nach Son-  
tagen folgenden Tage täglich früh  
Schriftleitung und Geschäftsstelle  
Berliner Straße 28. Tel. 22.  
Bei Betriebsänderung durch höhere Gewalt  
Arbeitniederlegung oder Ausbreitung hat der  
Besitzer keinen Anspruch auf Nachlieferung der  
Beilage oder Rückzahlung des Bezugspreises.  
Eigene Vertretungen in:  
Alexandrow, Bialystok, Chelm, Kalisz, Kowno,  
Königsberg, Lemberg, Lublin, Radom, Warschau,  
Siedlce, Tomaszów, Turek, Włocławek,  
Żyrardów, Żywiec, Złotów, etc.

Nr 9

Donnerstag, den 12. Januar 1922

5. Jahrgang

## „Was soll man Polen wünschen?“

war die Umfrage des „Krauer“, mit der er sich an eine Reihe politischer Führer Polens wandte. Die Antworten zeigen, daß es auch für das vierte Lebensjahr Polens noch viel zu wünschen gibt. Glück, Macht, Ansehen, Reichtum — klingt es in den verschiedensten Varianten. Das ehemals preussische Gebiet — so schreibt die „Bromberger Deutsche Rundschau“ —, das sich auch bei anderen Gelegenheiten durch Sinn für praktische Notwendigkeiten auszeichnet und sich darum in Warschau des öfteren unbeliebt macht, tut erheutes auch diesmal. Der Neujahrswunsch des Ministers W. Bicki trifft den Nagel auf den Kopf. Er lautet: „Friede nach außen, Ruhe im Innern und unsere Lösung möge sein: Arbeit, Arbeit.“

Andererseits, aus dem üblichen Rahmen fallende Glückwünsche zeigen, daß das Ausnahmegericht gegen staatsfeindliche Intrigen offenbar nur gegen links (und die anderen?) gilt. Jedoch nicht dazu bestimmt ist, die republikanische Staatsform gegen monarchistische Wünsche zu schützen. Man liest aus dem „Krauer“, daß die konservativen Galizier noch auf den polnischen König warten, der wieder das schöne Krakauer Schloß, den Wawel, bewohnen soll. Für die Zukunft, schreibt Stan. Kozmian, kann die konservative Partei kein anderes Programm haben als nur das monarchistische. Und W. Sapieha wünscht Polen einen erleuchteten Sejm, die Hauptstadt in Krakau und einen klugen König. Diese Wünsche nach Repter und Krone sind von der „Krauer“ Presse teils schweigend, teils mit auf-fallend schwachem Protest aufgenommen worden. Das ist immerhin beachtenswert. Für die Einstellung der „Krauer“ Presse (Wartepolitik über alles!) aber noch charakteristischer ist der Umstand, daß die erste der Antworten im „Krauer“ die Forderung der „Krauer“ in eifriger Bewegung gelebt hat. Es war der Neujahrswunsch des Ministerpräsidenten Bonikowski, der seine Wünsche in nur drei Worten faßt: „Möge es wenig Ueber-raschungen.“

Die hauptstädtische Presse beschäftigt sich nun mit dem Rätselraten, ob dies ein tief durchdachter, politischer Einfall und geschichtphilosophische Gründlichkeit verratender Ausdruck überlegter Weisheit sei oder eine rasch hingeworfene, nur in der Form geistreich klingende, tatsächlich aber wenig bedenkende Aeußerung. Die Antwort fällt je nach dem aus, ob das betreffende Blatt den gegenwärtigen Ministerpräsidenten liebt oder nicht. Er hatte keine Zeit zu einer längeren und interessanteren Antwort und hätte daher lieber ganz darauf verzichtet sollen, so heißt es in einem führenden Rechtsblatt. Ein regierungsfreundliches Demokratenblatt aber findet, daß Polen bisher in der Tat für sich und für das Ausland ein „Zustaat der Ueber-raschungen“ gewesen sei, daß also ihm jetzt zielbewusste Politik gewünscht werde. Außerdem habe schon La Rochejaquelein vor dreihundert Jahren festgestellt, daß große Geister mit wenigen Worten viel sagen. Also!

Die Nationaldemokraten lieben Pilsudski durchaus nicht und ebensoviele alles, was mit ihm zusammenhängt. Auch die Armee gefällt ihnen nicht mehr so ganz, seit General Niewski, ihr französischer Reorganisator und Berater — wie man in Reichskreisen sagt, wegen des wenig erbaulichen Verhältnisses zwischen ihm und Pilsudski oder doch Pilsudskischen Offizieren — Polen verlassen hat. So kann es im Wille der Neujahrswünsche nicht sein, daß die rechts-stehende „Niezapolska“, Warschauer größtes und einflussreichstes Blatt, ihre Abneigung gegen den Pilsudskischen Kreis ihm zwischen den Zeilen ferkelt. Im Programm der Neujahrsempfänge findet sie das Jeremiasch Berlin (des kaiserlichen nämlich) nachgeahmt und meint dazu: „Das neue Jahr läßt sich gut an.“ Dann aber tamen scharfe Artikel gegen den Generalabscheu Sikorski, der in Vertretung des Kriegsministers dem Staatschef die Neujahrswünsche der Armee ausspricht und dabei den Russen von 1920 so hervorhebt, daß die Rechte nun ernsthaft zu fürchten scheint, die polnische Armee werde auf ihren Lorbeer ruhen. Vielleicht wirkt auch der Schreck nach, den man bekam, als es hieß, bei den Washingtoner Abfertigungsbesprechungen werde auch der reichlich stark polnische Armee gedacht werden. Kurzum, man wagt Herrn Sikorski einträglich vor einer Unterzeichnung der russischen Armee, vor einer Uebertragung der polnischen Kräfte und Schloßfertigkeit (Woiwodschaften) schillert durch die Zeilen; ergo — die polnische Armee muß vergrößert und verbessert werden. „Müssen, müssen!“ hört man aus diesem Neujahrswunsch.

Die „Krauer“ freie Presse hat in zahlreichen Aufsätzen auf die Schäden unserer

inneren und äußeren Politik hingewiesen und war, in voller Erkenntnis der Schwere der von verantwortlicher Seite begangenen Fehler bemüht, Wege zur Wiedergutmachung zu weisen. Daß all die wohlgemeinten Ratschläge der besonnenen deutschen und polnischen Presse ungehört verhallen, das muß man leider auch bei dieser Gelegenheit wieder feststellen.

Wird man denn nicht bald einmal zur Erkenntnis kommen, was uns nottut?

## Die staatlichen polnischen Kohlen-gruben in französischen Händen.

Warschau, 11. Januar. (Pat.) Berichten aus Oppeln zufolge soll in Polnisch-Oberschlesien in aller-nächster Zeit ein französisch-polnisches Kohlenkonsortium gegründet werden, mit dem Zweck der Uebernahme der staatlichen polnischen Kohlengruben. Nach der „Frankfurter Zeitung“ wird das anfängliche Um-satzkapital 500 Millionen Mark betragen, wovon die Polen die Hälfte übernehmen sollen. Da jedoch die Beschaffung einer Summe von 250 Mil-lionen deutscher Mark für polnische Unternehmer eine Schwierigkeit bereitet, wird damit gerechnet, daß

die Franzosen auch die andere Hälfte übernehmen werden. Die „Frankfurter Zeitung“ fügt hinzu, daß auf diese Weise die staat-lichen polnischen Kohlengruben bald völlig vom französischen Kapital beherrscht würden. Weiter des Unternehmens soll Graf Re-nard sein.

## Die polnischen Staatsschulden.

Polen hat 265 Millionen Dollar.  
Nach Ermittlungen, die von unbedingt zuver-lässiger Seite stammen, betragen die Aus-lands-schulden Polens, an der schwei-zerischen Währung gerechnet, 1515 000 000 schwei-zerische Franken. Davon entfallen 1/2 auf Frank-reich, 1/2 auf die Vereinigten Staaten, wobei etwa 40 v. H. der Schulden Restkredit sind. Im Inlande betragen die Schulden 233 Mil-lionen polnischer Mark, d. h. etwa 55 Millionen Dollar.

Insgesamt belaufen sich somit die Schulden des polnischen Staates auf rund 365 Millionen Dollar.

## Zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas.

Die Grundsätze für eine Zusammenarbeit der Staaten angenommen.

Cannes, 10. Januar. (Pat.) Die Mi-nister der verbündeten Staaten haben die Hauptgrundsätze der Organisation des internationalen Konsortiums für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Staaten Europas angenommen. Die hauptsächlichste Grundlage des Beschlusses bildet der Entwurf Louchers, der die Bildung einer Hauptgesellschaft mit einem Anlagekapital von 2 Millionen Pfund Sterling vorseht, deren Sitz in London sein soll, und die der englischen Gesetzgebung unterstehen wird. An diese Zentralgesellschaft werden ähnliche Ge-sellschaften in den interessierten Ländern mit Anlagekapital in der Währung des jeweiligen Landes ange-schlossen. Diese Kombination vermin-dert die Aussicht auf etwaige Verluste im Zusammenhang mit dem Stande der Wäh-rungen. Der Entwurf ermöglicht den ein-zelnen Völkern gemeinsame Unter-nehmungen in denjenigen Ländern einzu-leiten, mit denen ihre Interessen besonders eng verknüpft sind.

Cannes, 11. Januar. (Pat.) Der Oberste Rat hat heute nachstehenden Beschluß gefaßt: Der Oberste Rat beschließt die Bildung eines internationalen Syndikats sowie die mit dem-selben verbundenen Völkernsyndikate zwecks ökon-mischen Wiederaufbaus Europas mit der gleich-zeitigen Zusage der Mitarbeit für alle Völker bei der Wiederherstellung des normalen Wohl-standes. Es wird sofort ein Ausschuss zusam-mengesetzt, bestehend aus 2 englischen, 2 franzö-sischen, 1 italienischen, 1 belgischen und 1 japa-nischen Vertreter, der Vollmachten erhält, um Verhandlungen mit Vertretern anderer Länder aufzunehmen, zwecks Prüfung der Einzelheiten der Vorschläge, Einleitung von notwendigen Rundfragen, Organisation des Zentral- und der Zentral-syndikats, Berichterstattung über die Fort-schritte der Arbeit von der Konferenz in Genoa, Heranretung an die interessierten Regierungen und an die Konferenz in Genoa mit Vorschlägen, die den Syndikaten oder der Konferenz helfen könnten. Die im Obersten Rat vertretenen Re-gierungen verpflichten sich, sofort die Summe von 10 000 Pfd. Sterl. für die Bedürfnisse der Or-ganisierung des Ausschusses aufzubringen sowie Hilfe und Mitarbeit sowohl dem Organisations-ausschuss als auch dem Syndikat nach dessen Organisierung zu erweisen.

## Die deutschen Zahlungen.

Cannes, 10. Januar. (Pat.) Gegenwärtig wird geplant, von Deutschland die Entschädigung von 35 Millionen in bar und 37 Millionen

in Waren, insgesamt also 122 Millio-nen, zu verlangen, d. h. 128 Millionen weniger, als ursprünglich vorgeschlagen worden war. Außerdem soll Deutschland noch 12 Mil-lionen Pfund Sterling Besatzungs-löhne zahlen.

(Anm. d. Schriftl.: Es handelt sich hierbei um die nächste Ratenzahlung.)

Paris, 11. Januar. (Pat.) Die Blätter berichten aus Cannes, daß die Konferenz die von Deutschland in diesem Jahre zu zahlende Summe endgültig auf 720 Millionen Goldmark festgesetzt habe.

## Der Schutzvertrag gegen Deutschland.

Sicherung der Integrität Polens.  
Cannes, 11. Januar. (Pat.) Der von den Ministern der verbündeten Staaten besprochene Schutzvertrag betrifft ausschließlich die Frage eines deutschen Angriffs auf Frank-reich. Jedoch würde die Integrität Polens durch einen allgemeinere Ver-trag garantiert werden, der die Verpflichtung aller unterzeichnenden Staaten enthalte, sich gegenseitig nicht anzugreifen.

## Marshall Joch in Cannes.

Paris, 10. Januar. (Pat.) Am Sonntag ist Marshall Joch in Cannes eingetroffen. Seine Anwesenheit in Cannes steht angeblich mit den Bemühungen Briand in Verbindung, von Deutsch-land außer Garantien finanzieller Natur auch solche militärischer Natur zu erlangen.

## Eröffnung der Tagung des Völkerbundes.

Genf, 10. Januar. (Pat.) Heute vor-mittag begann die 16. Sitzung des Völker-bundes. Auf der Tagesordnung stehen die Danziger Angelegenheiten sowie Fragen des Saargebiets. Hier ist das Gerücht verbreitet, daß an Stelle des Generals Hacking, dessen Mandat am 20. Januar d. J. abläuft, ein Mitglied des Sekretariats des Völkerbundes zum Oberkommissar der freien Stadt Danzig ernannt werden wird.

## König Alexanders Verlobung.

Ein südwesteuropäisches „Wunder“.  
Bukarest, 11. Januar. (Pat.) Während des gestrigen Festes in Sinaia gab König Fer-dinand die Verlobung der Prinzessin Marie von Rumänien mit dem König Alexander von Südlawien bekannt. König Alexander unterließ in seiner Ansprache die herkömmlichen Freundschaftsbezüge, die Südlawien mit Rumänien verbunden und die sich während des letzten Krieges noch bedeutend enger gehalten. Der König bemerkte, daß die Gefühle des serbischen Volkes mit den seinen gleichartig seien.

## Der „Bund der Deutschen Polens“ und die Regierung.

Eine Denkschrift der deutschen Sejmabgeordneten.

Die Vereinigung der deutschen Sejmab-geordneten in der Person des Sejmabgeord-neten Spidemann und Lüdke überreichten dem Innenminister Domanowicz nach-stehende Denkschrift:

Die Vereinigung der Deutschen Abgeordneten des gesetzgebenden Sejm hat hiermit die Ehre, sich an den Herrn Minister zu wenden mit der Bitte um beschleunigte Instruktionen für den Lodzer Wojewoden in Sachen der Registrie-rung (Legalisierung) des „Bundes der Deutschen Polens“, worum die Gründer sich bereits vor einem halben Jahre an den Wojewodatsch wandten, bisher jedoch keinerlei schriftlichen Bescheid erhalten haben. Am 3. Januar l. J. erhielt Herr J. Spidemann als Abgeordneter der Deutschen der Stadt Lodz und der Vorstehende des Bundes, Herr Dr. C. v. Bezrens, vom Vertreter des Lodzer Wojewoden die mündliche Erklärung, daß die Registrierung des Bundes durch die Wojewodatsch einer tieferen und längeren Erwägung seitens der Staats-behörden bedürfe, nicht nur aus dem Grunde, weil der „Bund der Deutschen Polens“, der seine Tätigkeit auf den größten Teil des polni-schen Staates erstreckt, eine Angelegenheit von hoher allgemein staatlicher Bedeutung sei, aber auch deshalb, weil dieser Bund in seiner Tätig-keit, die alle zur deutschen Minderheit gehörenden Polen eng vereint, unumgänglich das Gebiet der Politik betreten muß.

Die Vereinigung der Deutschen Abgeordneten ersucht das Ministerium des Innern höflich, die Lodzer Wojewodatsch über die Notwendigkeit belehren zu wollen, daß diese sich genauer an dem Geist der gegenwärtig verbindlichen Verfassung hält, insbesondere an Art. 108. Das Ministerium wird ersucht, seine Aufmerksamkeit auf die Unzulässigkeit einer halbseitigen Ver-zögerung einer Angelegenheit zu lenken, die die Gesamtheit einer der vier Nationalitäten unserer Republik auf das lebhafteste angeht, umso mehr, als dies eine der wichtigsten und bedeutendsten Angelegenheiten der Deutschen Polens ist. Das Ministerium wolle die für die Tätigkeit der Lodzer Wojewodatsch verantwortlichen Beamten nachdrücklich darüber aufklären, daß die Ver-zögerung von Schwierigkeiten, gelte dies einzelnen Bürgern der Republik oder Rechtspersonen in Gestalt von Vereinen, wie am 3. Januar l. J. dem „Bund der Deutschen Polens“, weil „sie sich mit Politik befassen oder befassen könnten“, absolut unzulässig ist. Die Beamten der freien Republik Polen müssen sich ein für alle mal der Auffassung ent-ledigen, als seien die Bürger überhaupt ver-pflichtet, die Behörden zu fragen, ob es ihnen erlaubt oder nicht erlaubt sei, sich nach ihrem Gutdünken politisch zu betätigen, wie dies zum Beispiel vor 1915 die Behörden der drei Polizei-Staaten forderten, wo die Politik gewissermaßen ein Monopol der Beamtenkaste und des Thron-s war.

Da der „Bund der Deutschen Polens“ bisher keinerlei Eigentum erworben und auch seine Tätig-keit auf kulturellem, aufklärendem, geschichtlichem und agitatorischem Gebiete nicht gehörig entfalten kann, weil er bisher die Rechte einer juristischen Person nicht besitzt und amtlich nicht legalisiert ist, ist eine Verzögerung der Befähigung der Statuten des Bundes durch die Lodzer Wojewodatsch oder das Ministerium an und für sich eine Verdrängung, die der deutschen Minderheit im polnischen Staate einen ausgeprochenen materiellen und rechtlichen Verlust zufügt. Wir lenken die besondere Aufmerk-samkeit des Ministers auf diesen Akt der Rechts-lässigkeit und drücken die aufrichtige Befürchtung aus, daß diese Behandlung des „Bundes der Deutschen Polens“ seitens der Organe der polnischen Re-publik der leider nicht immer dem Polentum ge-neigten Berliner Regierung als Vorwand dienen könnte, die überaus zahlreichen polni-schen politischen, kulturellen, aufklärenden und sportlichen Vereine und Verbände, die seit langem auf dem Gebiet des Deutschen Reiches bestehen und nunmehr neu gegründet werden, analog zu be-handeln.

Die Vereinigung der Deutschen Abgeordneten bittet den Herrn Minister um geneigte Beantwor-tung dieses Memorandums im Laufe von spätestens einem Monat.

Das städtische Polizeiamt in Allenstein lehnte die Legalisierung des „Bundes der Deutschen Polens“ in Döpreußen“ mit der Begründung ab, daß die Tätigkeit dieses Verbandes die Ruhe im Lande gefährde.

Gegen diese Entscheidung legten die Gründer



Das elegante Lodz kleidet sich nur bei  
**S. Lenkowski**  
 Herren-Schneider-Atelier  
 Podskarbi 107, rechte Offiz., 2. Mag. 2. St.

beim Regierungspräsidenten und dem preussischen Innenminister Beratung ein.

Anm. der Schriftl.: Sollte dieser Fall damit im Zusammenhang stehen, daß der Herr Wojewode von Lodz sich seit langen Monaten ablehnend verhält gegenüber der Frage der Legalisierung des „Bundes der Deutschen Polen“?

## Die Minderheitenpolitik in Rumänien.

Ein Vorbild für Polen.

Der neue Leiter des Unterstaatssekretariats für ethnische Minderheiten in Rumänien, B. D. Gortopan, hat die Prinzipien seiner Nationalitätenpolitik folgendermaßen festgelegt:

„Wir sehen mit der größten Sympathie auf die ethnischen Minderheiten, welche die historischen Gärten der Vergangenheit unter der großen Volksmasse der rumänischen Nation zerstreut und welche die Grenzen Großrumäniens in fataler Weise in sich aufgenommen haben, weil wir davon überzeugt sind, daß sie berufen sind, durch ihren Genius, der von unserem ganz verschieden ist, dem neuen Rumänien einen noch größeren Glanz zu verleihen.“

Wir wollen unbedingt und werden das Menschenmögliche tun, damit sich diese ethnischen Minderheiten in Rumänien ganz daheim fühlen, damit sie gedeihen und dem Genius ihrer Rasse entsprechend frei sich entwickeln können. Wir wollen die vollkommenste Harmonie unter den Bürgern dieses Landes schaffen: wir haben nie einen Unterschied zwischen ihnen gemacht. Zur Realisierung dieser Harmonie ist aber unbedingt nötig, daß eine Reziprozität der Gefühle und des Wohlwollens herrsche.

Großrumänien liebt mit der gleichen Liebe alle seine Kinder. Es darf demnach den Ansprüchen erheben auf die gleiche Liebe aller.

Wir haben gleich von Anfang, ohne zu schwärzen, Allen alle Rechte der rumänischen Staatsbürgerschaft verliehen und werden auch darüber wachen, daß sie respektiert werden.

Die ethnischen Minderheiten dürfen aber weder nach einem Regime der Bevorzugung noch nach einer privilegierten Situation in diesem Lande streben; sie dürfen nicht größere Rechte und mehr Protektion beanspruchen als wir selbst haben. Wir betrachten sie als Interessengleichen, sie sollen sich ebenfalls als solche betrachten.

Wir fassen Liebe und haben das Recht zu fordern, daß wir keinen Haß ernten.

Sollte jemals eine der ethnischen Minderheiten glauben, daß ihr Unrecht widerfahren ist, dann soll sie ihr Recht nicht anderswo suchen, sondern sie soll sich mit Vertrauen an uns wenden, und sie wird mit Bestimmtheit ihr Recht finden.

Demnach hängt alles nur von den ethnischen Minderheiten ab, damit die vollkommenste Harmonie zwischen uns herrsche.

## Die voraussichtliche Zusammensetzung des Wilnaer Sejm.

Wilna, 11. Januar. (Pat.) Nach den gegenwärtig bereits vorliegenden Nachrichten, dürfte der Wilnaer Sejm folgende Zusammensetzung aufweisen: Das polnische Hauptwahlkomitee — 50 Abgeordnete, Zentrum (Volksräte) 32; die Linke: Polnische Volkspartei 15, Demokraten 5, Wiedergeburt 10, P. P. S. 2, Weißrussen 2, zusammen 34 Abgeord-

nete. Der Sejm dürfte am 20. Januar einberufen werden.

## Lokales.

Lodz, den 12. Januar.

**Landzuteilung an ehemalige Soldaten.**  
 Zweck Ausführung des Art 9 des Gesetzes vom 17. Dezember 1920 über die Landzuteilung an Soldaten des polnischen Heeres schreitet das Kriegsministerium an die Aufstellung der Bewerberlisten für das Jahr 1922. Angehörige dessen gibt der Ausschuss für Soldatenanstellungen durch unsere Vermittlung nachstehendes bekannt:

Mit Rücksicht auf die schwierige finanzielle Lage des Staates werden fast ausschließlich nur diejenigen Soldaten mit einer staatlichen Unterstützung zur Bewirtschaftung für das Jahr 1922 bedacht werden, die hervorragende Verdienste nachweisen können, also in erster Linie Inhaber des Ordens „Virtuti militari“ und solche, die im polnischen Heere verwundet und mit dem Kreuz der Tapferen (Krzysztof Bolechowicz) ausgezeichnet worden sind. Die übrigen Kandidaten müssen: 1) eine Bescheinigung der Gemeindeleitung erbringen, daß sie mindestens Pferd, Wagen, Pflug, Egge sowie die nötigen Mittel zum Unterhalt in den ersten Monaten besitzen; 2) eine Verpflichtung unterschreiben, daß sie nach Erhalt des Landstückes noch vor dem 1. April sich mit obigem Inventar nach dem ihnen angewiesenen Kreise begeben werden; 3) eine Bescheinigung vorlegen, daß sie Landwirte sind, wobei Angaben über das Alter und den Familienstand erwünscht sind (bei gleichem Kriegsverdienst haben die verheirateten Kandidaten den Vorrang).

Die unter den Punkten 1, 2 und 3 angeführten Dokumente müssen unverzüglich dem Referat für Soldatenanstellungen desjenigen Korpsbezirks eingereicht werden, in dessen Gebiet der Kandidat wohnt (also z. B. Dowództwo Okręgu Korpusowego Łódź, Referat Osad Żołnierskich). Dabei muß angegeben werden, ob der Kandidat bereits die Registrierungskarte bezüglich der Landzuteilung ausgefüllt hat, und in welcher Abteilung; falls ihm ein Qualifikationszeugnis bereits ausgestellt wurde, muß eine Abschrift desselben beigelegt werden. Auch muß die genaue Adresse des Wirtstellers angegeben werden. Angezeigt wäre es, daß sich die in Betracht kommenden Kandidaten in Gruppen zusammenschließen, um ihre Anteile in derselben Gegend zu erhalten; auch könnten sie vor der Abreise einen Vertreter entsenden, der das zugeleitete Land zu besichtigen hätte. Die Bildung solcher Gruppen muß unverzüglich dem Referat für Soldatenanstellungen bekanntgegeben werden.

**Bip. Zur Bekämpfung der Seuchen.** Im Einvernehmen mit dem Obersten Außerordentlichen Kommissariat zum Kampf mit den Seuchen hat die Lodzjer Wojewodschaft nachstehende Anordnung erlassen: 1. Sämtliche Personen, die aus dem Bereich der Wojewodschaften Nowogrodzka, Poleska, Wolynien, sowie aus Mittelitalien, dem Konowen Eitanen und der russischen, weißrussischen und ukrainischen Republik zu ständigem oder längerem Aufenthalt hier anlangen, sollen bis auf Widerruf als ansteckender Krankheiten verdächtig angesehen werden; 2. die Ankunft muß innerhalb 24 Stunden nach der Einreise bei dem zuständigen Gemeinderat oder Magistrat angemeldet werden. In den Kreisstädten erfolgt die Anmeldung beim Kreisarzt, in der Stadt Lodz beim Regierungs-Kommissariat; 3. zur Anmeldung sind verpflichtet: a) die jugendlichen Personen, b) das Familienoberhaupt oder diejenige Person, in deren Obhut sich der Anfallende befindet, c) der Hausbesitzer oder dessen Vertreter, d) die Leiter der Hotels, möblierten Zimmer oder Wirtschaften; 4. die Gemeindevorstände bzw. Magistrate sind verpflichtet die Ankunft genannter Personen unverzüglich dem Kreisarzt anzuzeigen. Sollte festgestellt worden sein, daß der Anfallende krank, verlaust oder

Freitag, den 13. Januar, um 8.15 Uhr abends: Zweites Konzert der berühmten Sängerin

# ISA KREMER

unter Mitwirkung des Meistros **Curt Hotzel**. Im Programm ganz neue Lieder der berühmten Sängerin. Billets sind im Vorverkauf an der Kasse der Philharmonie vom 6. d. Mts. an zu haben.

überhaupt unsauber ist, muß dem Kreisarzt davon Mitteilung gemacht werden; 5. die oben angeführten Personen, die einer zwangsweisen Heilung nicht unterzogen wurden, müssen sich im Laufe von 21 Tagen in ständigen Zeitabschnitten in den erwähnten Kreisen melden. Wer sich der Ueberschreitung dieser Vorschriften schuldig macht, wird im Verwaltungswege mit einer Geldstrafe bis zu 10 000 M. oder mit Haft bis zu 3 Monaten bestraft. Haft und Geldstrafe können auch gleichzeitig angewendet werden.

**Deutsche Vorwahl-Besprechung.** Der Sejmabgeordnete der deutschen Bevölkerung der Stadt Lodz, Herr Spickermann, bittet alle deutschen Gemeinden und Kirchenkollegien, Vereine, Gewerkschaften, Verbände und sonstige deutsche Organisationen, je 2 Vertreter zur unverbindlichen Besprechung der kommenden Stadtverordnetenwahlen in Lodz in das Lokal des Schul- und Bildungsvereins am Dienstag, den 17. Januar, einzulassen zu wollen.

**Bip. In der Angelegenheit des Handels mit dem Olen** fand gestern um 5 1/2 Uhr im Saale der Börse eine vom Organisationskomitee des Verbandes für den Handel mit dem Olen einberufene Versammlung statt. Die Versammelten begrüßte Herr Jakob mit einer Ansprache, in der er die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der polnischen Kaufleute und Industriellen betonte, um eine entsprechende Stellung auf wirtschaftlichem Gebiete im Verhältnis zu Rußland einzunehmen.

Sodann verlas Herr Ingenieur Wachowski die Abschrift der Satzungen der Aktien-Gesellschaft und der Firma „Verband für den Handel mit dem Olen“. Das Aktienkapital wurde auf 250 Millionen Mark festgelegt, in zwei Serien zu 125 Millionen. Die Aktie kostet 50 000 Mark, wobei die Aktien der 1. Emission auf den Namen lauten sollen, Aktien der 2. Emission dagegen auf den Vorzeiger. Nur Handels- und Industriestellen können Aktionäre sein. Jede 10 Aktien haben 1 Stimme. Die Vollversammlung der Aktionäre wählt den Verwaltungsrat auf 3 Jahre. Der Verwaltungsrat wählt die Verwaltung.

Herr St. Gaszynski erklärte die Notwendigkeit der Vereinigung des Lodzjer Verbandes mit dem gleichen Warschauer Verbande. Vertreter des Verbandes für Lodz ist Herr Mayer, wohnhaft Kościuszko Allee 1, der alle Informationen erteilt und Deklarationen entgegennimmt.

**Telegraphische Postanweisungen.** Mit dem 16. Januar wird der Geldverkehr mittels telegraphischer Postanweisungen unter folgenden Bedingungen wieder eingeführt: 1. Telegraphische Postanweisungen können bei allen Post- und Telegraphenämtern während der Postdienststunden zur Aufgabe gebracht werden. 2. Die zulässige Höhe des Betrages einer telegraphischen Postanweisung beträgt wie bei gewöhnlichen Postanweisungen 25 000 M. 3. Die zu überweisenden Beträge sind auf Bank abzurufen. 4. Bei den ausschließlich nur den Telegraphendienst bedingenden Telegraphenämtern und bahnamtlichen Telegraphenstellen sowie bei Postagenturen werden telegraphische Postanweisungen nicht angenommen. 5. Zur Aufgabe telegraphischer Postanweisungen dienen die gewöhnlichen Postanweisungsformulare, wobei im Kopf derselben die Bezeichnung „telegraficzny“ oberhalb der Aufschrift „Przebieg postowy“ anzubringen ist. Kurze Mitteilungen, die mittelegraphisch werden sollen, hat der Absender auf dem linken Abschnitt der Postanweisung leserlich niederzuschreiben. 6. Die Gebühr für eine telegraphische Postanweisung setzt sich zusammen: a) Aus der Postgebühr für den zu überweisenden Betrag wie bei

gewöhnlichen Postanweisungen; b) aus der Postgebühr für das Telegrammblatt; c) aus der Postgebühr für das Telegramm; d) aus der Entbefeidungsgebühr, falls die Adresse nicht postlagernd lautet. Der Absender kann gleichzeitig eine besondere Behandlung der telegraphischen Postanweisung verlangen, wie: Dringend, Rp. Te. (Kollationierung) und Pc. (telegraphische Auszahlungsbestätigung), wofür die tarifmäßigen Gebühren zu entrichten sind. Die Annahme der telegraphischen Postanweisung erfolgt bei der Annahmestelle für Postanweisungen.

## Stadtverordnetenversammlung.

Die gestrige erste Sitzung des 4. Jahrganges der Stadtverordnetenversammlung leitete Stadtvor. Kapalski. Anwesend waren 40 Stadtverordnete. Es wurde zu den Tagesgängen, die folgendes Ergebnis zeigten:

**Vorstand:** Vorsitzender Stadtv. Remiszewski, Stellvertreter Stadtv. Kapalski und Dr. Rosenblatt. **Sekretäre:** W. Adamski, Frau A. Kozłowska, A. Ulla und G. Braszler.

**Finanzkommission:** Wojnawski, G. Borzyslawski, J. Wojcik, A. Lencki, A. Gerhard, M. Gelmann, G. Braszler, A. Langleben, A. M. Kaplan, E. Bohl, E. Hilscher, M. Drabarek und Frau E. Singer.

**Kommission für allgemeine Angelegenheiten:** St. Kapalski, E. Bohl, M. Gelmann, A. Lencki, J. Groz, A. Margolis, J. Münzberg, Silberbogen, G. Braszler, Wankowski.

**Dienstordnungs- und Rechtskommission:** Frau Kozłowska, J. Groz, J. Münzberg, Kozłowski, Kapalski, E. Polenski, J. Lichtenstein, J. Pudlary.

**Sensorienkommission:** W. Adamski, J. Groz, G. Braszler, S. J. Münzberg, Kozłowski, St. Kapalski, E. Polenski, Lichtenstein, J. Pudlary.

**Arbeitskommission:** R. Gertner, J. Gaszowski, J. Polenski, J. Kaluski, S. Kirchoff, E. Bohl, Baumgarten, Przybylski, G. Singer, G. Borzyslawski.

Im Sinne des § 18. des Gesetzes über die städtische Selbstverwaltung, haben folgende Stadtverordnete ihre Mandate verloren: Kern, Chwalinski, Włodarski. An Stelle des Stadtv. Kern trat der Kandidat der gleichen Liste, Herr Marciniak.

Anlässlich des Anschlusses des Javorgebietes mit dem benachbarten Litzke an Polen, wurde ein Beschluss gefasst, ähnlich dem Beschluss der Gemeinde Jilopane.

Der Bericht der Spezialkommission über in der Abteilung für Straßenpflasterung vorgenommene Übergriffe, rief eine lebhaftige Besprechung hervor. Es wurde beschlossen, die Angelegenheit des Technikers der Abteilung für Straßenpflasterung, Konarzewski dem Gericht zu übergeben und den Genannten seiner amtlichen Stellung zu entkleiden.

Die Angelegenheiten der Kanalisation wurden einstimmig angenommen. Ebenso wurde beschlossen im südlichen Stadtwalde (Konstantiner Wald) ein Freizeitsdenkmal zu errichten. Die Angelegenheit der Solerstraße wurde im Sinne des Magistratsantrages erledigt.

Stadtv. Foel berichtete über den Magistratsantrag Schlachthaus die betreffend. Der Antrag wurde angenommen.

**Bip.**  
 Die Buttereinfuhr. Die Behörden haben gehalten, daß die Zollfreiheit für Butter und Käse, die aus Dänemark über Danzig nach Polen

## Unter fremdem Willen

Roman von Adolf Stark

16. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)  
 Im gleichen Moment aber hatte der Trunkenbold sich erlickt und steuerte mit geöffneten Armen auf sie zu, indem er grüßte: „Komm her, mein Schatzchen, komm her, mein Liebling. Wir wollen uns einmal heute amüsieren, gelt, mein Schatz?“

Mit einem Schrei des Schreckens sprang die Frau zurück und ließ die Straße hinab, in der Mähtung, aus der sie gekommen war. Zunk fluchte, daß jeder Felsweibel vor seinen Kraftausdrücken erschrocken wäre. Dann schickte er sich an, mit raschen Sprüngen der Flüchtigen nachzusetzen. Aber der Trunkenbold stand ihm im Wege, der vor ihm her taumelte, ihn am Arme festhielt und nicht übel Lust zu haben schien, ein Gespräch anzuknüpfen. Zunk versuchte sich freizumachen, aber die Finger des anderen umklammerten seinen Arm wie Schraubstöcke, und als der Defektiv schließlich doch losriss, sah er gerade die Frauengestalt um die Ecke verschwinden. Er lief ihr nach, so lange ihn seine Beine tragen wollten, aber als er um die Ecke bog, sah er sie auf einem Droschenhandplatz, der durch eine Gaslampe hell erleuchtet war, einen Wagen besteigen, der mit der größten Schnelligkeit davonraffte. Er flog über den Platz und sprang in die zweite Drosche, die noch dort hielt. „Nasch, dem Wagen dort nach, daß wir ihn nicht aus den Augen verlieren.“

Eine Jagd durch die verbotenen, halbdunklen Straßen der Stadt begann. Die Droschen zwischen den beiden Wagen blieb annähernd die gleiche, die beiden alte Gänge schienen gleich gut oder vielmehr gleich schlecht zu sein. Zunk stand aufrecht im Wagen, dessen Dach er während der Fahrt herabgeklappt hatte, und ließ das andere Gefährt nicht aus den Augen, denn er fürchtete, daß die Frau einen alten Trick anwenden, während der Fahrt aus dem Wagen springen und ungehört um eine Ecke verschwinden könne. Aber nichts dergleichen geschah. Die Verfolgte hatte offenbar die Absicht, ihn zu verwirren, denn der Wagen fuhr kreuz und quer durch Gassen und Gäßchen. Aber solche Manöver kannte Zunk. Und als schließlich das Gefährt die Richtung gegen den Bahnhof einschlug, triumphierte er. Jetzt hatte er gewonnen.

Raum zwei Minuten später als die Verfolgte langte er vor der Rampe des Bahnhofgebäudes an, sprang noch während des Fahrens heraus und mollte die Treppen hinaufsteigen. Aber mit einer Schnelligkeit, die man dem verschlafenen Kerl kaum zugestanden hätte, sprang der Kutscher vom Boche herab, pflanzte sich vor ihm auf und schrie: „Steh, das gibt es nicht. Erst zahlen. Das mir eine schöne Mode, erst bei diesem Wetter Mensch und Tier eine Stunde lang in der Nacht herumzuheizen und dann durchbrennen.“

Zunk schäumte vor Wut. „Zum Donnerwetter, so lassen Sie mich doch vorüber. Sie entwischt mir ja.“

Trotz der späten Nachtstunde hatten sich zahl-

reiche Menschen, Dienstmädchen und Nachtschweiser um die Streitenden angeammelt, und sie begrüßten mit einem lauten Gelächel die Aneinanderung ihres Kollegen, der schrie, daß man es über den ganzen Platz höre: „Na, das nehm ich auch nicht übel, wenn sie Ihnen davonläuft, das Weibsbild. Eine Schönheit sind Sie gerade nicht, und besonders nobel scheinen Sie auch nicht zu sein. Nun ja ein Mensch, der einem ehrlichen Kutscher mit dem Fahrgeld durchrennen will.“

Zunk hatte mit fieberhafter Hast seine Taschen durchsucht und zog jetzt seine Legimation als Geheimpolizist hervor: „Hier, sehen Sie, ich bin Defektiv. Die Verfolgte ist eine Verbrecherin. Lassen Sie mich, sonst entwischt sie.“

Der Kutscher lachte beglückt. „Varifari, das kann jeder sagen und so einen Witz zeigen, den ich nicht lesen kann, weil ich nämlich überhaupt nicht lesen kann. Und wenn Sie auch Defektiv sind, deswegen müssen Sie doch bezahlen. Daraus sieht nichts in unserer Instruktion, daß wir jeden Polizeispiegel umsonst in der Nacht spazieren fahren müssen.“

Ein neues Gelächter belohnte diesen Witz, während Zunk sich nicht anders zu helfen wußte, als daß er dem unerbittlichen Kasseier eine Banknote zuwarf. Dann flog er, verfolgt von dem höhnischen „Küß die Hand, gnädiger Herr, für das noble Trinkgeld!“ die Treppen empor und stürzte an dem Türsteher, welchen er brutal zur Seite schob, vorüber auf den Perron. „Eine Dame in grauem Mantel und Schleier!“ leuchtete er.

„Jawohl, die war hier, ist aber mit dem fälligen Tage vor etwa zwei Minuten abgefahren“, berichtete der diensttuende Beamte.

Im ersten Moment schlug dieser neue Mißgeschick Zunk zu Boden, er sank entmutigt, erschöpft von der Aufregung, auf die nächste Bank. Aber diese Schwäche dauerte nicht lange. Sollte er sich von einem Weibe überlistet und beschämen lassen? Niemals. Seine Mutlosigkeit verlor ebenso rasch, als sie gekommen war, und sein Plan war gefast: sich an die Fersen der Flüchtigen zu heften und nicht eher zu ruhen, bis er sie eingekollt hätte.

Er orientierte sich rasch. Der nächste Zug ging in zwei Stunden. Da lagate es sich nicht, sich niederzuliegen. Für sein Leben gern hätte er trockene Kleider angezogen, aber seine Baggung war weit entfernt, und als er auf dem Bahnhofsplatz hinastriet, war auch die letzte Drosche schon fort. Hatte er gemerkt, daß die beiden brodernden Kasseierer, der ihn gefangen, und derjenige, in dessen Wagen die Verfolgte geisterte, von Allen schon vorher instruiert und durch ein gutes Trinkgeld gefügig gemacht, um dieselbe Zeit im Wirtshaus zu sitzen und sich auf seine Kosten amüsieren, so wäre er noch wütender gewesen, als er es ohnehin schon war. Schließlich aber mußte er sich ins Unvermeidliche fügen. Seufzend legte er in den Wartesaal zurück, um auf den garten Postern in unruhigem Halbchlaf die Zeit hinzubringen, welche bis zum Abgang des Zuges verstrichen mußte.

(Fortsetzung folgt)



**Lobzer Männer-Gesang-Verein.** Die dieswöchige Singstunde des Lobzer Männer-Gesang-Vereins findet nicht Sonnabend, sondern morgen (Freitag) um 8 Uhr abends statt. Um zahlreiches Erscheinen der Herren Sänger bittet der Vorstand des Vereins.



